

Abschiebehaftanstalt: Eine Initiative will sich in der künftigen Einrichtung in Hof einsetzen

Den Fokus auf die Menschenwürde

Jürgen Götz aus Naila will einen Verein gründen, der Menschen in Abschiebehaft unterstützt. Ihm läuft die Zeit davon: Denn in einem Jahr soll die Einrichtung in Hof ihren Betrieb aufnehmen.

Von Julia Ertel

Hof/Naila – Papierkram, Arztbesuche, Behördengänge: Jürgen Götz aus Naila kümmert sich seit etwa drei Jahren um Geflüchtete. Als im April 2018 bekannt wurde, dass in Hof eine Abschiebehaftanstalt entstehen soll, fokussierte sich der 68-jährige Rentner, der früher in einer Spedition gearbeitet hat, auf seine neue Aufgabe: „Den Leuten den letzten Funken Menschenwürde zurückgeben.“ Das will er mithilfe der Initiative „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof“ tun.

Ihr Ziel ist es, die Inhaftierten in der künftigen Hofer Einrichtung in rechtlichen Fragen zu unterstützen. Götz sieht zwar ein, dass er Abschiebungen nicht verhindern kann – „aber die Haft“, gibt er sich kämpferisch.

Der Staat greift zur Abschiebehaft, wenn Ausreisepflichtige das Land nicht freiwillig und rechtzeitig verlassen. In dem Fall unterstellen ihnen Ausländerbehörden, dass sie sich ihrer Abschiebung entziehen wollen oder dass Fluchtgefahr besteht. Die Insassen sind keine verurteilten Straftäter. Deswegen dürfen sie nicht mit Häftlingen einer JVA zusammengesetzt werden.

„Abschiebungen können wir nicht verhindern – aber die Haft.“

Jürgen Götz, Gründer der Initiative „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof“



„Die Abschiebehaftanstalt selbst plant, Seelsorge, Psychologen und Pädagogen einzusetzen. Die Frage ist, was wir noch leisten können.“

Olaf Hofmeister, Leiter Migration und Soziale Beratung bei der Diakonie Hochfranken



Organisationen, die die Abschiebehaft abschaffen wollen, begründen das mit dem Argument, dass unverhältnismäßig sei, einem Men-

schen die Freiheit zu entziehen, um einen Verwaltungsakt zu erleichtern. Zudem würden sich die Haftbedingungen wenig vom Strafvollzug unterscheiden: eingeschränkte Besuchs- und Telefonzeit, Einzelzellen, Anstaltskleidung.

Auch in Hof hat es bereits Kritik an der geplanten Einrichtung gegeben: Das „Bündnis für Zivilcourage – Hof ist bunt“ kritisierte zunächst den Stadtrat, der den baurechtlichen Weg für das Gefängnis geebnet hatte. Zudem machte es darauf aufmerksam, dass Menschen in Abschiebehaft „bis zu 18 Monate festgehalten werden“, wie das Bündnis in einer Mitteilung schrieb. Laut Beratern und Rechtsanwälten seien knapp die Hälfte der Inhaftier-

ungen rechtswidrig. Grund dafür seien „teils eklatante Verfahrensfehler“.

Hier will die Initiative „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof“ Abhilfe schaffen. „Uns bleibt nicht mehr viel Zeit“, sagt Götz. Denn in etwa einem Jahr soll die Abschiebehaftanstalt in Betrieb gehen. Für den Hofer Verein gebe es bereits eine Satzung und Mitstreiter. Mit einem eingetragenen Verein könnte man Spenden für Schulungen der Ehrenamtlichen, Anwaltskosten oder Materialien generieren.

Schon im April sollte der Verein bei einer Veranstaltung mit Christian Oppl vom Münchener Flüchtlingsrat an den Start gehen. Oppl wollte die künftigen Vereinsmitglieder aus Stadt und Landkreis Hof über ihre Aufgaben aufklären (siehe nebenstehender Artikel). Die Veranstaltung wurde wegen Corona abgesagt, die Gründung des Vereines aufgeschoben. Sein Ziel hat Götz dennoch nicht aus den Augen verloren.

Er demonstrierte nicht nur gegen Abschiebehafteinrichtungen in Bü-

ren und in Eichstätt, sondern nahm auch Kontakt zu Organisationen auf, die ihm Unterstützung zusicherten: neben dem Bayerischen und Münchener Flüchtlingsrat sind es etwa die Kampagne „100-Jahre-Abschiebehaft“, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst oder der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft in Büren. An die Erfahrungen des Vereines im nordrhein-westfälischen Büren will er die Arbeit in Hof anlehnen. Seit 1994 ist der Verein in Deutschlands größtem Abschiebegefängnis bei Paderborn aktiv, die Platz für 175 Männer bietet.

In Abschiebehafteinrichtungen dürfen Organisationen aktiv sein, die in der Flüchtlingshilfe einschlägig tätig sind. Ob die Hofer Abschiebehaftanstalt die Arbeit des Vereines zulässt, darüber entscheidet das Landesamt für Asyl und Rückführungen in Ingolstadt oder die Leitung der jeweiligen Einrichtung, erklärt Jürgen Götz.

Zur angestrebten Arbeit des Vereines schreibt die Chefin der künftigen Abschiebehaftanstalt, Maria Anna Kerscher, auf Anfrage: „Zur Prüfung

der Rechtmäßigkeit von Abschiebehaft sind die zuständigen Gerichte berufen.“ Deren Entscheidungen würden in der Abschiebehafteinrichtung vollzogen. Die Inhaftierten würden außerdem von einem Arzt, von Psychologen, Pädagogen und einem Sozialdienst betreut.

Auch die Diakonie Hochfranken würde gerne an der Einrichtung aktiv werden, sagt Olaf Hofmeister, Leiter der Fachgruppe Migration und Soziale Beratung bei der Diakonie. „Wir sind in Gesprächen mit dem Justiz- und dem Innenministerium.“ Aber: Die Abschiebehaftanstalt selbst plane, neben Seelsorge auch Psychologen und Pädagogen einzusetzen. „Die Frage ist, was wir dann noch leisten können.“ Es sei alles in der Schwebe.

Kontakt

Jürgen Götz sucht weitere Mitstreiter für seine Initiative und den Verein. Wer sich engagieren möchte, meldet sich unter der E-Mail-Adresse info@ihfmia-hof.de.

Der Rohbau ist fertig, in einem Jahr läuft der Betrieb

Der Innenausbau der Hofer Abschiebehaftanstalt läuft bereits. Maria Anna Kerscher, Chefin der künftigen Einrichtung und der Hofer Justizvollzugsanstalt, beantwortet Fragen zu Plänen, Personal und ihren Aufgaben.

Frau Kerscher, im April 2018 hat Ministerpräsident Markus Söder bekannt gegeben, dass die Hofer JVA um 150 Haftplätze für eine Abschiebehaftanstalt erweitert wird, seit rund einem Jahr wird gebaut. Wie ist der aktuelle Stand auf der Baustelle?

Der Rohbau steht, der Innenausbau läuft.

Wann soll die Abschiebehaftanstalt den Betrieb aufnehmen? Ist der geplante Zeitplan bis Mitte nächsten Jahres einzuhalten?

Die bauliche Fertigstellung wird derzeit zu Ende April 2021 angestrebt, Gesamtfertigstellung inklusive Probetrieb zu Ende Oktober 2021. Es haben sich geringfügige Verzögerungen aufgrund der Coronasituation ergeben.

Hat sich bei der Höhe der Investitionssumme – 80 Millionen waren zuletzt eingeplant – inzwischen etwas verändert?

Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich das Vorhaben innerhalb des vom Landtag bewilligten Kostenrahmens halten wird.

Interview



Maria Anna Kerscher, Leiterin der JVA und der künftigen Abschiebehaftanstalt Hof

Werden die JVA und die Abschiebehaftanstalt dieselbe Verwaltung und dasselbe Personal haben? Warum ist das so und welche Vorteile hat diese Lösung? Beide Bereiche haben ihren eigenen Stellenbedarfsplan. Im Verwaltungs-

bereich und im Werkdienst können aufgrund der moderaten Größe der beiden Einrichtungen Synergien genutzt werden.

Arbeiten Sie sich bereits in Ihre neuen Aufgaben als Chefin der Abschiebehaftanstalt ein? Welcher Art werden diese Aufgaben sein?

Derzeit liegt der Schwerpunkt der Aufgaben als Leiterin der Abschiebehafteinrichtung in der Begleitung der Baustelle. Daneben laufen die Organisation von Hospitationen von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalt Hof bei einer anderen Abschiebehafteinrichtung. Sie werden auf ihre Tätigkeit in der Einrichtung in Hof vorbereitet und nehmen an internen Fortbildungen zum Thema Abschiebehaft teil.

Welches Personal wird in der Abschiebehaftanstalt beschäftigt sein?

Neben Mitarbeitern des Verwaltungsdienstes, des allgemeinen Vollzugsdienstes, Werkdienstes und des Krankenpflegedienstes ist es vorgesehen, einen Arzt, Psychologen, Sozialpädagogen, Seelsorger, Pädagogen und Juristen zu beschäftigen. Sie sollen zur sozialen, rechtlichen und psychologischen Betreuung zur Verfügung stehen.

Gibt es schon Pläne zum Betrieb – etwa was die Unterbringung, den Tagesablauf, die Besuchszeiten, die Mitarbeiter angeht?

Planungen zu allen diesen Fragen laufen derzeit und werden uns bis zur Inbetriebnahme der Einrichtung begleiten.

Wie lange werden die Inhaftierten im Schnitt in der Einrichtung verweilen? Sollen in der Einrich-

tung Menschen aus ganz Deutschland untergebracht werden?

In den Abschiebehafteinrichtungen in Bayern wird die durchschnittliche Verweildauer mit etwa 30 Tagen angegeben. Die Einrichtung in Hof ist grundsätzlich nur für Bayern zuständig.

Die Fragen stellte Julia Ertel

Gut zu wissen

■ Im April 2018 wurde bekannt, dass in Hof eine Abschiebehaftanstalt gebaut wird. Der Landtag bewilligte 80 Millionen Euro.

■ In der Einrichtung sollen 92 Einzelhaftplätze, 18 Gemeinschaftshaftplätze mit je drei Haftplätzen und vier behindertengerechte ausgestattete Einzelhaftplätze entstehen.

■ Das Grundstück hat eine Größe von rund 11 500 Quadratmetern. Neben den Haftzimmern gibt es Räume für Aufnahme und Entlassung, für die Gesundheitsfürsorge, eine Küche, ein Wäschelager, ein Magazin, Ver- und Entsorgungsbereiche, Besucher- und Verwaltungsbereiche, Aufenthalts- und Freizeitbereiche, eine Torwache mit Fahrzeugschleuse und eine Ver-

sorgungszentrale. Die Einrichtung wird über ein externes Catering mit warmen Speisen versorgt werden.

■ In der Hofer Einrichtung sind 96 Vollzeitstellen vorgesehen. Die Ausbildung für einen Mitarbeiter im allgemeinen Vollzugsdienst dauert 18 Monate. Viele Mitarbeiter aus Bayreuth, Hof, Marktredwitz oder Kronach, die in Südbayern arbeiten, haben einen Versetzungsantrag nach Oberfranken gestellt. 60 von ihnen sollen nach Hof kommen.

■ In Bayern stehen derzeit insgesamt rund 140 Haftplätze zum Vollzug der Abschiebehaft zur Verfügung. Dies entspricht mehr als einem Viertel der Abschiebehaftkapazitäten in Deutschland.

„Ein politisch bedenkliches Signal“

Hof/München – Christian Oppl engagiert sich beim Münchener Flüchtlingsrat. Die Menschenrechtsorganisation berät unter anderem Menschen in der Abschiebehaft am Münchener Flughafen, die 22 Plätze hat. Die Helfer vom Flüchtlingsrat sind Rechtsanwältinnen, aber auch juristische Laien, die regelmäßig geschult werden und als Vertrauenspersonen fungieren. So soll das auch beim Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Hof“ laufen, der gerade im Entstehen ist. Oppl erklärt, welche Aufgaben auf die Ehrenamtlichen in Hof zukommen werden.

„Die meisten Menschen brauchen Hilfe dabei, zu begreifen, was Abschiebehaft bedeutet“, sagt Oppl. „Sie wollen auch, dass wir ihnen dabei helfen, in Deutschland



Christian Oppl

zu bleiben. Aber das können wir in den meisten Fällen nicht leisten.“ So gut wie nie gäbe es Erfolgsgeschichten, deshalb sei die Arbeit für die Ehrenamtlichen oft frustrierend. Die Helfer seien trotzdem motiviert, denn: „Wir finden es politisch extrem wichtig, dass die Praxis der Abschiebungen nicht unbemerkt von der Öffentlichkeit abläuft.“

In vielen Fällen prüfen die Experten vom Flüchtlingsrat, ob die Inhaftierung rechtswidrig ist und helfen dabei, Haftbeschwerden einzulegen. „In der Regel haben sich diese Menschen nichts zuschulden kommen lassen“, sagt Oppl. Die Berater klären zudem über Bleibemöglichkeiten in dem Land auf, in das die Menschen abgeschoben werden sollen und geben ihnen Adressen, an denen sie vor Ort Hilfe finden können.

Wichtig sei auch die psychosoziale Komponente: „Den Menschen tut es gut, mit jemandem zu sprechen, der nicht in der Abschiebe-Maschinerie arbeitet und ihnen zuhört.“

Prinzipiell habe jeder Inhaftierte ein Recht auf unabhängige Beratung, sagt Oppl, der hauptamtlich beim Flüchtlingsrat tätig ist. Aber der Zugang zur Rechtsberatung werde ihnen erschwert und staatlich nicht reibungslos Abschiebung zu gewährleisten“. Deshalb sehe sich der Flüchtlingsrat in der Pflicht, einzugreifen. Ehrenamtlich Hilfe leisten in einer Abschiebehaftanstalt dürften nur Organisationen, die „in der Flüchtlingshilfe einschlägig tätig“ seien. Für den Einsatz bräuchten sie eine Erlaubnis des Landesamts für Asyl und Rückführungen in Ingolstadt oder der Leitung der jeweiligen Einrichtung.

Organisationen, die sich mit geflüchteten solidarisieren, kritisieren oft, dass sich die Haftbedingungen in Abschiebehaftanstalten sich nur wenig von denen im Strafvollzug unterscheiden. Das Justizministerium widerspricht dem auf Anfrage: Abschiebungsgefangenen werde in den Einrichtungen größtmögliche Bewegungsfreiheit und mehr Besuchszeit eingeräumt, die Zeiten für den Aufenthalt im Freibereich seien länger.

Doch Oppl befürchtet, dass die Abschiebehaftanstalt in Hof dennoch ähnlich wie die JVA geführt wird. Denn die beiden Einrichtungen sind sich nicht nur räumlich nahe: Die Abschiebehaftanstalt ist eine Erweiterung der JVA mit teilweise demselben Personal und derselben Leiterin. „Die Inhaftierten müssen Anstaltskleidung tragen, können nur eingeschränkt telefonieren und Besuche empfangen. In der Konsequenz sind sie aber ebenso eingesperrt.“ In der Abschiebehaft sollten die Regeln aber liberaler sein, meint Oppl. Für manche Menschen dauere so ein „Provisorium“ bis zu mehreren Monaten.

Die Zahlen von Inhaftierungen seien gestiegen, dennoch sagt Oppl: „Ich hoffe nicht, dass Hof jemals voll sein wird. Ich sehe keinen Grund dafür, solche Kapazitäten zu schaffen. Das ist politisch ein sehr bedenkliches Signal.“

Julia Ertel

Der Rohbau der Abschiebehaftanstalt in Hof steht bereits.

Fotos: Uwe von Dorn